

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022

Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust

In ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ein Abrutschen Deutschlands in eine Rezession. Der Russland-Ukraine-Krieg und die dadurch massiv angestiegenen Energiepreise führen zusätzlich zur Coronapandemie und unterbrochenen Lieferketten zu Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und zu einer Umkehrung des konjunkturellen Erholungsprozesses.

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die globale Konjunktur hat sich in den letzten Monaten drastisch abgekühlt. Diverse Belastungsfaktoren schwächen die wirtschaftliche Entwicklung in großen Teilen der Welt. Allen voran lähmt der Überfall Russlands auf die Ukraine beziehungsweise die damit einhergehenden Teuerungen für Energierohstoffe die Weltwirtschaft.

Die stärksten Auswirkungen lassen sich in Europa beobachten. Zu Beginn des Jahres erlebte der Euroraum zunächst eine Belebung seiner Konjunktur. Das Abebben der Omikron-Welle ermöglichte insbesondere dem Dienstleistungssektor eine rasche Erholung. Gerade touristisch geprägte Regionen wiesen hohe Wachstumszahlen aus. Mit der Verschärfung und Verstetigung des Russland-Ukraine-Kriegs hat sich die konjunkturelle Entwicklung jedoch gedreht. Neben hohen Preissteigerungen, die die Nachfrage sowohl der Verbraucher als auch der Unternehmen ausbremst, kamen zuletzt Sorgen über mögliche Energie-Mangellagen hinzu.

Die USA wiesen nach einem starken Gesamtjahr 2021 im ersten Halbjahr 2022 in beiden Quartalen negative Wachstumsquoten auf. Große Konjunkturpakete hatten bereits 2021 die Inflation ansteigen lassen und zu einer Schwächung des Konsums in Folge des Kaufkraftverlusts geführt. Erschwerend kam die Straffung der Geldpolitik, beginnend im März 2022, hinzu. Seither gingen neben dem Konsum dauerhafter und nicht-dauerhafter Güter auch die Investitionen in Wohnbauten zurück. In einer schwerwiegenden Rezession befinden sich die USA dennoch nicht, da sich der private Konsum, der Arbeitsmarkt und die Produktion weiterhin vergleichsweise robust zeigen.

China verzeichnete im zweiten Quartal 2022 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,6 Prozent. Zurückzuführen ist dies hauptsächlich auf die drastischen Beschränkungen, die die chinesische Regierung zur Eindämmung des Coronavirus in vielen Regionen – unter anderem in Shanghai – umsetzte. Zusätzlich befindet sich der chinesische Immobiliensektor aktuell in einer Krise. Hohe Schulden und gleichzeitig zurückgehende Immobilienpreise belasten den Bausektor. Gleichzeitig stellen sie eine Gefahr für das Finanzsystem des Landes als Ganzes dar.

In einigen weiteren Schwellenländern hing die konjunkturelle Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 insbesondere davon ab, ob ein Land von hohen Rohstoffpreisen profitiert oder belastet wird. So entwickelte sich die Konjunktur in Brasilien als großem Rohstoff-Exporteur sehr gut, während Indien als wichtiger Rohstoff-Importeur konjunkturelle Einbußen hinnehmen musste.

Die Institute gehen davon aus, dass der Krieg in der Ukraine andauert und somit auch die Energiepreise zumindest in Europa hoch bleiben. Zusammen mit allgemein hohen Inflationsraten sowie aktuell anziehenden Kapitalmarktzinsen wird dies weiter auf die Konjunktur drücken. Am stärksten betroffen ist weiterhin Europa.

Gleichzeitig könnten zwei Faktoren die globale Konjunktur stützen: Weltweit verfügt die Industrie über hohe Auftragsbestände, die im Zuge der Erholung der Weltwirtschaft nach der Corona-Krise 2020 entstanden sind und die wegen labiler Lieferketten und Materialknappheiten weiterhin bestehen. Diese Auftragsbestände müssen zunächst abgearbeitet werden, bevor die weltweite Nachfrageschwäche auf die Produktion durchschlagen kann. Außerdem werden aus China Wachstumsimpulse erwartet, da der pandemiebedingte Einbruch dort inzwischen überstanden scheint.

Ein großes Risiko stellt der weitere Verlauf des Ukraine-Kriegs sowie der politische Konflikt zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und Russland dar. Sollten sämtliche Gaslieferungen aus Russland nach Europa eingestellt werden, würde dies Europa in eine tiefe Rezession stürzen.

Auf globaler Ebene birgt insbesondere der Anstieg von Zinsen und Rohstoffpreisen das Potenzial, zu Wachstumsschwächen oder Schuldenkrisen beizutragen. Schwellenländer wie Pakistan und Sri Lanka mussten in diesem Jahr bereits Hilfe des IWF in Anspruch nehmen, da sie mit den Weltmarktpreisen für Rohstoffe und ansteigenden Zinsen überfordert waren. Aber auch Länder des europäischen Südens, wie beispielsweise Italien, könnten erneut in Finanzierungsschwierigkeiten geraten.

Zuletzt weisen die Forschungsinstitute auf die Corona-Pandemie hin, die auch im Jahr 2022 noch nicht vollständig überstanden ist und mit ansteigenden Infektionszahlen neue wirtschaftliche Einschränkungen mit sich bringen könnte. Insbesondere wird vor möglicherweise ansteigenden Infektionsgeschehen auf der Nordhalbkugel gewarnt, sobald im Laufe des Herbstes und Winters die Temperaturen wieder sinken.

Tabelle 1

Prognosen für ausgewählte Länder und Regionen

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gg. Vorjahr

	2022	2023	2024
EU-27	+3,1%	+0,4%	+2,2%
Frankreich	+2,4%	+0,2%	+1,6%
Italien	+3,2%	+0,3%	+1,6%
Spanien	+4,3%	+0,9%	+2,7%
Österreich	+5,0%	+0,3%	+2,2%
Polen	+3,9%	+0,7%	+3,3%
Tschechien	+2,5%	+1,0%	+3,5%
Ungarn	-5,5%	+0,8%	+3,3%
Vereinigtes Königreich	+3,3%	-0,5%	+1,9%
Russland	-4,0%	-3,0%	+2,0%
USA	+1,6%	+0,6%	+2,5%
Lateinamerika	+2,9%	+1,2%	+2,2%
Japan	+1,3%	+1,2%	+1,6%
China	+3,0%	+5,0%	+4,9%
Indien	+5,4%	+6,0%	+6,8%
Ostasien (ohne China)	+3,3%	+3,1%	+3,4%

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Prognose für Deutschland steht unter folgenden Annahmen:

- Rohölpreis je Barrel (Brent): 100,5 USD in 2022, 86,7 USD in 2023 und 79,8 USD in 2024
- Welthandel: +4,0 Prozent in 2022, +1,6 Prozent in 2023 und +3,1 Prozent in 2024
- Wechselkurs: 1,05 USD je Euro in 2022 und 1,00 USD je Euro in 2023 und 2024
- Hauptrefinanzierungssatz der EZB: 2,25 Prozent in 2022, 3,25 Prozent in 2023 und 2024
- Strompreis: 342,1 Euro je MWh in 2022, 509,9 Euro in 2023 und 266,0 Euro in 2024
- Gaspreis: 158,1 Euro je MWh in 2022, 198,9 Euro in 2023 und 126,4 Euro in 2024

Die Krise auf den Gasmärkten und die drastisch gestiegenen Energiekosten belasten die deutsche Wirtschaft und führen zu einem massiven gesamtwirtschaftlichen Kauf- und Investitionskraftverlust. Dies drückt die deutsche Wirtschaft in die Rezession. Die Forschungsinstitute rechnen für das dritte und vierte Quartal 2022 sowie für das erste Quartal 2023 mit einem kumulierten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland um 1,2 Prozent. Dank des Wachstums im ersten Halbjahr 2022 ergibt sich im Jahresdurchschnitt noch ein positives BIP-Wachstum von 1,4 Prozent. Im Durchschnitt des Jahres 2023 wird das BIP dann um 0,4 Prozent niedriger liegen als 2022. Für 2024 wird wieder ein Plus von 1,9 Prozent erwartet.

Angesichts der angespannten Versorgungslage auf den Energiemärkten ist in den kommenden Monaten mit anhaltend hohen Preisen zu rechnen, was auch die Preise an den Terminmärkten anzeigen. Dadurch wird der allgemeine Preisauftrieb weiter verstärkt, was die reale Kaufkraft der Verbraucher reduziert. Nicht zuletzt wegen der verzögerten Weitergabe der Preise an die Strom- und Gaskunden erwarten die Institute erst im zweiten Halbjahr 2023 mit einer allmählich nachlassenden Teuerung. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird die Inflationsrate bei 8,4 Prozent liegen, im Durchschnitt 2023 nochmals leicht höher bei 8,8 Prozent. Erst für 2024 rechnen die Forscher mit einer Abschwächung der Inflation auf 2,2 Prozent.

Dank nachgeholter Ausgaben vor allem im Dienstleistungsbereich legte der private Konsum im ersten Halbjahr 2022 noch spürbar zu. Die hohe Inflation sorgt nun für einen Rückgang der realen Konsumausgaben, der bis Sommer 2023 anhalten wird. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird der private Konsum der Prognose zufolge um 4,0 Prozent höher liegen als im durch die Pandemie gedämpften Vorjahr. Für 2023 rechnen die Institute mit einem Rückgang des privaten Verbrauchs um 1,6 Prozent, bevor er 2024 wieder um 2,0 Prozent zulegen sollte.

Die Unternehmen sind von den gestiegenen Energiepreisen ebenfalls stark betroffen, wenn auch je nach Branche sehr unterschiedlich. In den besonders energieintensiven Bereichen wurde die Produktion bereits gedrosselt. Die Kostensteigerungen dämpfen die Investitionsbereitschaft und -fähigkeit. Dies wird zusätzlich gebremst durch die verschlechterten Finanzierungsbedingungen, die anhaltenden Lieferengpässe sowie die allgemeine Unsicherheit. In der Folge ist im Schlussquartal 2022 mit sinkenden Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Für 2023 rechnen die Institute mit einer nur langsamen Erholung. Die

privaten Ausrüstungsinvestitionen nehmen demnach im Jahr 2022 um 2,2 Prozent und im Jahr 2023 um 1,0 Prozent zu. Deutliche Impulse kommen aber von den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen dank der gestiegenen Ausgaben für die Bundeswehr. Somit werden die gesamten Ausrüstungsinvestitionen der Prognose zufolge in 2022 um 1,2 Prozent steigen, im Jahr 2023 um 2,7 Prozent und im Jahr 2024 um 5,7 Prozent.

Die Bauinvestitionen haben sich wegen der Kapazitätsknappheiten real schon länger nicht mehr so dynamisch entwickelt wie in den Vorjahren. Die massiven Preissteigerungen sowie die angezogenen Zinsen belasten die Bauinvestitionen nun zusätzlich und haben bereits zu Stornierungen geführt. Auch rückläufige Baugenehmigungen zeigen eine sinkende Bautätigkeit an. Positive Impulse sind dagegen von energetischen Sanierungen zu erwarten. Die gewerblichen Bauinvestitionen leiden unter der allgemeinen konjunkturellen Abkühlung. Die öffentlichen Bauinvestitionen profitieren weiter vom 2020 angelegten Konjunktur- und Zukunftspaket, das u.a. Investitionen in den Breitbandausbau, in den Klimaschutz sowie in den Bau von Kindertagesstätten vorsieht. Insgesamt werden die Bauinvestitionen den Instituten zufolge im laufenden Jahr um 2,2 Prozent und im kommenden Jahr um 2,0 Prozent zurückgehen. Für 2024 wird dann wieder ein Plus von 2,3 Prozent prognostiziert.

Die Exporte entwickelten sich bereits im ersten Halbjahr 2022 nur moderat. Für die zweite Jahreshälfte ist nur eine Stagnation zu erwarten, da sich das weltwirtschaftliche Umfeld weiter eintrübt. Stützend wirken allerdings die nach wie vor hohen Auftragsbestände sowie die nachlassenden Lieferengpässe. Ab Mitte 2023 erwarten die Institute wieder mit einer Belebung der Weltwirtschaft. Im Jahresdurchschnitt sollten die Exporte in diesem und im nächsten Jahr um 1,5 Prozent zulegen, 2024 dann um 3,7 Prozent. Die Importe nehmen im Schnitt des laufenden Jahres deutlich stärker um 5,2 Prozent zu, was u.a. an der spürbaren Erholung des Auslandstourismus lag, der als Dienstleistungsimport zählt. Für 2023 wird ein Importplus von 1,2 Prozent erwartet, für 2024 ein Plus von 4,2 Prozent.

Stabilisierend auf die Konjunktur wirkt weiterhin der Arbeitsmarkt. Zwar wird die Nachfrage nach Arbeitskräften angesichts der Konjunkturschwäche zurückgehen, vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftemangels werden die Unternehmen jedoch bestrebt sein, den Personalbestand zu halten. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird die Zahl der Erwerbstätigen bei 45,557 Millionen liegen, das sind 578.000 mehr als im Vorjahr. Die Institute erwarten, dass die Erwerbstätigenzahl im Winter leicht zurückgehen wird, dennoch rechnen sie im Jahresdurchschnitt 2023 ein leichtes Plus um 10.000 auf 45,567 Millionen. 2024 wird die Zahl dann auf 45,657 Millionen steigen. Getrieben wird die positive Entwicklung vor allem von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ist rechnerisch durch die Erfassung ukrainischer Flüchtlinge zuletzt deutlich gestiegen. Bis Sommer 2023 ist auch mit einem konjunkturell bedingten leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Institute prognostizieren im Jahresdurchschnitt 2022 eine Arbeitslosenzahl von 2,413 Millionen, das sind 196.000 weniger als 2021. Im kommenden Jahr wird die Zahl dann auf jahresdurchschnittlich 2,564 Millionen steigen, bevor sie 2024 wieder auf 2,479 zurückgeht. Das entspricht Arbeitslosenquoten von 5,3 Prozent, 5,5 Prozent und 5,3 Prozent.

Der Prognose liegt die Annahme zu Grunde, dass es sowohl im kommenden als auch im nächsten Winter zu keiner Gasmangelsituation kommen wird. Sollten stattdessen Rationierungen notwendig sein, würde der Produktionsrückgang stärker ausfallen. Ein solches Risiko sehen die Forscher vor allem für den Winter 2023/2024, falls im kommenden Jahr die Gasspeicher nicht genügend aufgefüllt werden können. In einem Risiko-Szenario, das zwei sehr kalte Winter sowie nur geringe Gaseinsparungen unterstellt, würde die Produktion zum Jahresbeginn 2023 und 2024 jeweils massiv einbrechen. Das BIP würde dann im Jahresdurchschnitt 2023 um 7,9 Prozent und 2024 um 4,2 Prozent einbrechen.

Als weiteres Risiko nennen die Forschungsinstitute die Entwicklung der Corona-Pandemie. Sollten erneute Einschränkungen erforderlich sein, hätte dies weitere dämpfende Folgen für die Konjunktur.

3. Wirtschaftspolitische Empfehlung

Die Institute gehen davon aus, dass die Energiepreise auch mittelfristig deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen werden. Dieser dauerhafte Wohlstandsverlust könne nicht durch Entlastungspakete ausgeglichen werden. Vielmehr bestehe bei einer längerfristigen finanziellen Unterstützung die Gefahr, dass die Inflation über die Nachfrageseite zusätzlich angeheizt wird. Die Forscher kritisieren, dass durch solche Maßnahmen die Preissignale verfälscht werden. Im Hinblick auf das Ziel der Energieeinsparung sei dies kontraproduktiv.

Die Institute empfehlen der Wirtschaftspolitik, die Maßnahmen stärker an den Ursachen der Probleme statt an den Auswirkungen auszurichten. So seien energiepolitische Maßnahmen zur Ausweitung des Energieangebots, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Stabilisierung der Energiepreise notwendig. Finanzielle Hilfen sollten sich an der Bedürftigkeit der Empfänger orientieren und als direkte Transfers ausgestaltet werden, ohne Gas bzw. Energie selbst zu subventionieren. Teile der Entlastungspakete gehen in diese Richtung, wie z. B. die Wohngeldreform oder der Kinderbonus.

Im Hinblick auf Unternehmen halten die Institute befristete allgemeine Unternehmenshilfen sowie zielgenaue Stützungsmaßnahmen in Einzelfällen als sinnvoll an. Durch eine degressive Ausgestaltung der Unternehmenshilfen könne eine dauerhafte Subventionierung nicht mehr rentabler Unternehmen bzw. Geschäftsmodelle vermieden werden.

Bezogen auf den Strommarkt empfehlen die Forschungsinstitute, die noch verbleibenden Kernkraftwerke für einige Jahre weiterlaufen zu lassen. Dies erhöhe die Energieversorgungssicherheit und stabilisiere den Strompreis.

Tabelle 2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent, sofern nicht anders angegeben

					2022		2023		2024	
	2021	2022	2023	2024	1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ
Bruttoinlandsprodukt	+2,6	+1,4	-0,4	+1,9	+2,8	+0,1	-1,0	+0,1	+1,8	+2,0
Privater Konsum	+0,4	+4,0	-1,6	+2,0	+8,0	+0,5	-1,7	-1,6	+1,5	+2,5
Staatlicher Konsum	+3,8	+2,9	-0,2	+1,2	+3,2	+2,6	-1,4	+0,9	+1,5	+0,9
Ausrüstungsinvestitionen	+3,5	+1,2	+2,7	+5,7	+0,6	+1,8	+1,2	+4,1	+6,2	+5,2
Bauinvestitionen	±0,0	-2,2	-2,0	+2,3	-0,7	-3,7	-4,2	+0,2	+2,3	+2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	+1,0	+1,9	+3,3	+3,5	+1,7	+2,0	+3,0	+3,6	+3,6	+3,4
Exporte	+9,7	+1,5	+1,5	+3,7	+2,6	+0,4	+0,9	+2,0	+3,6	+3,7
Importe	+9,0	+5,2	+1,2	+4,2	+7,4	+3,1	+0,9	+1,4	+4,2	+4,3
Exportüberschuss, nominal in Mrd.€	191,6	81,5	84,3	103,3	46,6	34,9	46,1	38,2	52,4	51,0
Produktivität je Stunde	+0,9	-0,2	-0,2	+1,3	+0,7	-1,0	-0,8	+0,3	+1,1	+1,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	+1,6	+0,3	-0,2	+0,4	+0,6	±0,0	-0,5	±0,0	+0,7	+0,1
Unternehmens- u- Vermögenseink.	+15,0	-0,6	+2,9	+2,9	-0,1	-1,2	+2,6	+3,2	+3,6	+2,2
Arbeitnehmerentgelt	+3,5	+5,4	+5,8	+5,9	+6,1	+4,8	+5,6	+6,0	+6,3	+5,6
Bruttolöhne u. -gehälter	+3,7	+5,9	+5,8	+6,2	+6,7	+5,2	+5,6	+6,0	+6,7	+5,7
.....je Beschäftigten	+3,3	+4,3	+5,7	+5,9	+4,9	+3,8	+5,2	+6,1	+6,6	+5,2
Sparquote (in % des Einkommens)	15,1	10,7	8,8	10,1	12,2	9,2	9,8	7,8	11,0	9,3

	2021	2022	2023	2024
Verbraucherpreise	+3,1	+8,4	+8,8	+2,2
Erwerbstätige im Inland (in Mio.)	44,866	45,421	45,427	45,517
Arbeitslose (in Mio.; BA-Definition)	2,613	2,413	2,564	2,479
Arbeitslosenquote (BA-Definition)	5,7%	5,3%	5,5%	5,3%

Ansprechpartner

Volker Leinweber, Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133 / -422

volker.leinweber@vbw-bayern.de elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de